

**Hochschulauswahlsatzung  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

**Vom 30. Dezember 2010**

*(i.d.F. der 10. Änderungssatzung vom 9. Dezember 2016  
(Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
vom 23. März 2017, Nr. 04/2017, S. 105))*

Aufgrund des § 8a Abs. 4 der Studienplatzvergabeverordnung vom 13. Dezember 2000 (GVBl. vom 12. Januar 2001, S. 2), zuletzt geändert durch die vierte Landesverordnung zur Änderung der Studienplatzvergabeverordnung vom 24. Juni 2008 (GVBl. S. 118) i.V.m. § 7 Abs. 1 des Hochschulgesetzes vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167), zuletzt geändert durch das Zweite Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 09. Juli 2010 (GVBl. S. 167), hat der Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 17. Dezember 2010 die nachfolgende Hochschulauswahlsatzung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz beschlossen. Diese hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur mit Schreiben vom 23. Dezember 2010, Az.: 974 Tgb-Nr. 975/10 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

**Inhaltsübersicht**

**A. Allgemeines**

- § 1 Geltungsbereich, Zuständigkeiten
- § 2 Auswahlberechtigte
- § 3 Gliederung des Hochschulauswahlverfahrens, Teilquoten
- § 4 Antrag auf Teilnahme

**B. Vorauswahl**

- § 5 Zulässigkeit, Auswahlmaßstäbe, Rangliste

**C. Auswahlverfahren**

- § 6 Zulassung, Auswahlmaßstäbe, Organisatorisches
- § 7 Auswahl nach dem Grad der Qualifikation
- § 8 Auswahl zu grundständigen Studiengängen auf Grund gewichteter Einzelfachnoten
- § 9 Auswahl zu konsekutiven, postgradualen und weiterbildenden Studiengängen auf Grund gewichteter Studien- und Prüfungsleistungen oder einer sonstigen fachlich exzellenten Leistung
- § 10 Auswahl nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests, eines international anerkannten Sprach- und Eignungstests oder eines fachspezifischen Tests
- § 11 Auswahl nach der Bewertung einer Berufsausbildung, einer Berufstätigkeit, einer künstlerischen oder einer vergleichbaren Tätigkeit
- § 11a Auswahl aufgrund herausragender außerschulischer Leistungen
- § 12 Auswahl nach dem Ergebnis eines Auswahlgesprächs
- § 13 Auswahl auf Grund einer Verbindung von Auswahlmaßstäben

**D. Vergabeverfahren**

- § 14 Erstellen von Ranglisten, Information, Akteneinsicht
- § 15 Vergabe der Studienplätze
- § 16 Losverfahren

## **E. Schlussbestimmungen**

§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

§ 18 Inkrafttreten

**Anlage 1**

**Anlage 2**

## **A. Allgemeines**

### **§ 1**

#### **Geltungsbereich, Zuständigkeiten**

(1) Diese Satzung regelt das von der Universität durchzuführende Verfahren zur Auswahl von Studienbewerberinnen und -bewerbern in zulassungsbeschränkten Studiengängen (Hochschulauswahlverfahren) gemäß den für die Vergabe von Studienplätzen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Rechtsverordnungen sowie die Auswahl nach Härtegesichtspunkten gem. § 15 der Studienplatzvergabeverordnung Rheinland-Pfalz (StPVLVO) vom 18. Dezember 2010 (GVBl. 2011, S. 3) in der jeweils geltenden Fassung. Sie gilt für Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 2 StPVLVO. Darüber hinaus gilt diese Satzung bei Bewerbungen für konsekutive, postgraduale und weiterbildende Studiengänge auch für ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose, die nicht nach § 2 Satz 2 StPVLVO Deutschen gleichgestellt sind; eine Quote gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 StPVLVO wird in Anwendung von § 24 Abs. 6 StPVLVO nicht gebildet. Abweichend von den vorstehenden Regelungen gilt diese Satzung nicht für zulassungsbeschränkte Studiengänge der Hochschule für Musik; auf die Satzung für die Ermittlung der Zulassungszahlen und die Auswahl in den zulassungsbeschränkten Studiengängen an der Hochschule für Musik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Zulassungssatzung HfMM) wird verwiesen.

(2) Zulassungsbeschränkt im Sinne dieses Teils der Grundordnung sind Studiengänge, für die für das betreffende Semester eine Zulassungszahl für das erste Fachsemester festgelegt worden ist.

(3) Die Studiengänge, in denen die Studienplätze durch Anwendung der Maßstäbe in einem Verfahren mit Vorauswahl gemäß § 5 oder in einem Auswahlverfahren gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. b - g oder Abs. 4 Satz 1 Buchst. b - f vergeben werden, sind in der Anlage 1 unter Angabe der jeweils angewendeten Teilverfahren gemäß § 3 sowie der für deren Durchführung erforderlichen Festlegungen und Kriterien gemäß den Bestimmungen der §§ 4 – 13 aufgeführt. Sofern zulassungsbeschränkte Studiengänge der Johannes Gutenberg-Universität Mainz nicht in der Anlage 1 aufgeführt sind, werden die Studienplätze gemäß den geltenden rechtlichen Bestimmungen nach dem Grad der Qualifikation (§ 7) vergeben.

(4) Die Zuständigkeit für das Hochschulauswahlverfahren liegt grundsätzlich bei der Präsidentin oder dem Präsidenten der Universität. Sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, kann sie oder er die Fachbereiche oder die Universitätsmedizin mit der Durchführung administrativer Aufgaben beauftragen.

### **§ 2**

#### **Auswahlberechtigte**

(1) Die Präsidentin oder der Präsident benennt auf Vorschlag des zuständigen Fachbereichs für jeden Studiengang oder jedes Studienfach, in dem ein Hochschulauswahlverfahren durchgeführt wird, die Auswahlberechtigten. Auswahlberechtigte müssen in dem betreffenden Studiengang oder Studienfach dem hauptberuflich beschäftigten wissenschaftlichen oder künstlerischen Personal der Johannes Gutenberg-Universität Mainz angehören. Die Präsidentin oder der Präsident kann auf Antrag des für den betreffenden Studiengang zuständigen Fachbereichs auch nebenberuflich an der Universität Mainz wissenschaftlich oder künstlerisch Tätige zu Auswahlberechtigten benennen, sofern sie über die erforderliche Qualifikation verfügen.

(2) Die Amtszeit der Auswahlberechtigten beträgt drei Jahre.

(3) Auswahlberechtigte unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, sind sie durch die Präsidentin oder den Präsidenten der Universität zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

### § 3

#### Gliederung des Hochschulauswahlverfahrens, Teilquoten

(1) Das Hochschulauswahlverfahren gliedert sich in folgende Teilverfahren:

- Antrag auf Teilnahme (§ 4)
- gegebenenfalls Vorauswahl (§ 5)
- ein- oder mehrstufiges Auswahlverfahren zur Erstellung einer Rangliste (§§ 6 - 13).

(2) Die Universität kann bei Verbindung von Auswahlmaßstäben gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. g oder Abs. 4 Satz 1 Buchst. f für die einzelnen Teilverfahren Quoten (Teilquoten) festlegen, nach denen die insgesamt im Rahmen des Hochschulauswahlverfahrens zu vergebenden Studienplätze zu vergeben sind; Einzelheiten hierzu sind in der Anlage 1 geregelt.

### § 4

#### Antrag auf Teilnahme

(1) Am Hochschulauswahlverfahren nimmt teil, wer

- a. die Zugangsvoraussetzungen gemäß der für den Studiengang jeweils gültigen Prüfungsordnung erfüllt,
- b. nicht im Rahmen einer vorweg abzuziehenden Quote am Vergabeverfahren teilnimmt und
- c. die folgenden Voraussetzungen fristgerecht und ordnungsgemäß erfüllt hat:
  1. Beantragung der Zulassung für den gewählten Studiengang gemäß der jeweils für die Vergabe von Studienplätzen geltenden Rechtsverordnung,
  2. zusätzliche Beantragung der Teilnahme am Hochschulauswahlverfahren bei der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, soweit dies durch die Universität vorgesehen ist (Anlage 1), einschließlich der Vorlage der für die Durchführung des Auswahlverfahrens erforderlichen Bewerbungsunterlagen.

(2) Der Zulassungsantrag

- a) gemäß Absatz 1 Buchst. c Nr. 1 ist an folgende Einrichtungen zu richten:
  - aa) für Studiengänge, die dem zentralen Vergabeverfahren durch die Stiftung für Hochschulzulassung unterliegen: an die Stiftung für Hochschulzulassung,
  - bb) für örtlich zulassungsbeschränkte Studiengänge: je nach Ausgestaltung des Verfahrens
    - an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz oder
    - an das Bewerbungsportal für das dialogorientierte Serviceverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung.
- b) gemäß Absatz 1 Buchst. c Nr. 2 ist an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz zu richten.

Die Universität gibt die jeweiligen Bewerbungsmodalitäten frühzeitig bekannt.

(3) Soweit nicht durch höherrangige Regelungen (Verordnungen oder Gesetze) festgelegt, bestimmt die Universität die Fristen und die Art der Anträge. Der Zulassungsantrag ist in elektronischer Form an die Ein-

richtung gemäß Absatz 2 zu übermitteln. Das ausgedruckte und unterschriebene Antragsformular muss samt den erforderlichen Unterlagen den vorgenannten Empfängern bis zum Ablauf der jeweiligen Fristen zugegangen sein. Auf die elektronische Übermittlung wird nur verzichtet, wenn Bewerberinnen und Bewerber glaubhaft machen, dass ihnen die elektronische Antragstellung nicht zumutbar ist und die Stiftung oder die Universität die Bewerbung in ausschließlich schriftlicher Form gestattet haben. Auf § 10 Abs. 9 wird verwiesen. Eventuell erforderliche abweichende Termine und Fristen für Bewerberinnen und Bewerber, die ihr Studium im Ausland abschließen, können von der Präsidentin oder dem Präsidenten festgelegt werden, sofern eine Beeinträchtigung des regulären Auswahl- und Zulassungsverfahrens ausgeschlossen ist.

(4) Führt die Teilnahme an einem Auswahlverfahren nicht zur Zulassung zu dem gewünschten Studiengang, ist eine wiederholte Bewerbung um Teilnahme am Auswahlverfahren möglich.

(5) Eingereichte Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt. Sie werden, soweit sie nicht mehr benötigt werden, frühestens ein Jahr nach Eingang unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen vernichtet. Ein Anspruch auf Kostenerstattung für vernichtete Bewerbungsunterlagen ist ausgeschlossen.

(6) Die Universität kann nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften für die Teilnahme am Hochschulauswahlverfahren Gebühren vorsehen. Die Gebührenpflicht entsteht mit der Beantragung gemäß Absatz 1 Buchst. c Nr. 2; die Gebühr ist mit der Antragstellung zu entrichten.

## **B. Vorauswahl**

### **§ 5**

#### **Zulässigkeit, Auswahlmaßstäbe, Rangliste**

(1) Sofern die Zahl der Bewerbungen die Zahl der im Rahmen des Hochschulauswahlverfahrens zu vergebenden Studienplätze um mindestens das Dreifache überschreitet, kann die Universität die Zahl der Teilnehmenden am Auswahlverfahren durch ein Vorauswahlverfahren beschränken. Voraussetzung hierfür ist, dass auf Grund der bisherigen Erfahrungen auch bei der Durchführung einer Vorauswahl eine vollständige Vergabe der Studienplätze nach Satz 1 durch das Auswahlverfahren gemäß §§ 6 - 13 zu erwarten ist.

(2) Die Universität legt die Zahl der am Auswahlverfahren maximal teilnehmenden Bewerberinnen und Bewerber fest. Sie bestimmt die Maßstäbe, nach denen die Vorauswahl vorgenommen wird, sowie gegebenenfalls die Reihenfolge deren Anwendungen.

(3) Für Studiengänge, die keinen vorausgehenden Hochschulabschluss voraussetzen („grundständige Studiengänge“) sind folgende Maßstäbe zulässig:

- a) Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 oder § 25 Abs. 2 StPVLVO,
- b) gewichtete Einzelfachnoten der Qualifikation, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben,
- c) Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests,
- d) Art einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit,
- e) nach herausragenden außerschulischen Leistungen, die über die Qualifikation Aufschluss geben,
- f) eine Verbindung von Maßstäben nach den Buchstaben a bis e.

Für Studiengänge, die dem zentralen Vergabeverfahren durch die Stiftung für Hochschulzulassung unterliegen, kann zusätzlich der Grad der Ortspräferenz als anzuwendender Maßstab einzeln oder in Verbindung mit anderen Maßstäben herangezogen werden. Im Falle der Vorauswahl nach der Ortspräferenz werden nur diejenigen Bewerberinnen und Bewerber einbezogen, die den Studienort der Universität Mainz an dritter oder höherer Stelle genannt haben. Für die Anwendung der Maßstäbe a bis f gelten die §§ 6 bis 11 ent-

sprechend. In Fällen, in denen Studiengänge gemeinsam mit ausländischen Hochschulen betrieben werden, können abweichend von den vorstehenden Regelungen von den Partnerhochschulen angewandte Auswahlkriterien übernommen werden; diese sind in Anhang 1 zu regeln. Bei der Auswahlentscheidung muss dem Grad der Qualifikation in jedem Einzelfall ein maßgeblicher Einfluss gegeben werden.

(4) Für Studiengänge, die einen ersten Hochschulabschluss voraussetzen („konsekutive und postgraduale Studiengänge“), sowie für weiterbildende Studiengänge sind folgende Maßstäbe zulässig:

- a) die in dem vorausgegangenen grundständigen Studium erlangte Abschlussnote,
- b) Grad der in dem vorausgegangenen grundständigen Studium nachgewiesenen Qualifikation,
- c) Ergebnis eines fachspezifischen Tests, eines international anerkannten Sprach- oder Eignungstests oder einer künstlerischen Eignungsprüfung,
- d) Bewertung einer beruflichen, künstlerischen oder einer vergleichbaren Tätigkeit,
- e) eine Verbindung von Maßstäben nach den Buchstaben a bis d.

Für weiterbildende Studiengänge, für die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 HochSchG kein Hochschulabschluss zwingend vorausgesetzt wird, ist die Auswahl allein nach den Kriterien c und d vorzunehmen. In Fällen, in denen Studiengänge gemeinsam mit ausländischen Hochschulen betrieben werden, können abweichend von den vorstehenden Regelungen von den Partnerhochschulen angewandte Auswahlkriterien übernommen werden; diese sind in Anhang 1 zu regeln.

(5) Die Universität erstellt für jeden Studiengang an Hand der festgelegten Maßstäbe eine Rangfolge der Bewerberinnen und Bewerber; bei Ranggleichheit wird diese in der Rangliste ausgewiesen. Bewerberinnen und Bewerber werden bis zu dem Rangplatz einschließlich für das weitere Auswahlverfahren zugelassen, mit dem die gemäß Absatz 2 Satz 1 festgelegte Höchstzahl erreicht wird.

(6) In Studiengängen, die dem Zentralen Vergabeverfahren unterliegen, kann die Universität nach Maßgabe der rechtlichen Bestimmungen die Stiftung für Hochschulzulassung mit der Durchführung der Vorauswahl beauftragen.

(7) § 6 Abs. 7 gilt für das Vorauswahlverfahren entsprechend.

## **C. Auswahlverfahren**

### § 6

#### Zulassung, Auswahlmaßstäbe, Organisatorisches

(1) Wer die Voraussetzungen gemäß § 4 Abs. 1 erfüllt und im Falle einer Vorauswahl gemäß § 5 zum weiteren Auswahlverfahren zugelassen worden ist, erhält hierüber einen schriftlichen Bescheid, sofern dies für die Durchführung des weiteren Verfahrens erforderlich ist. In diesem werden auch die für die weitere Teilnahme relevanten Einzelheiten mitgeteilt.

(2) Das Auswahlverfahren wird von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz durchgeführt.

(3) Für grundständige Studiengänge vergibt die Universität die Studienplätze gemäß § 18 StPVLVO:

- a) nach der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 oder § 25 Abs. 2 StPVLVO (§ 7),
- b) nach gewichteten Einzelfachnoten der Qualifikation, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben (§ 8),
- c) nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests (§ 10),
- d) nach der Art einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit (§ 11),

- e) nach herausragenden außerschulischen Leistungen, die über die Qualifikation Aufschluss geben (§ 11a),
- f) nach dem Ergebnis eines Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das Aufschluss über die Motivation der Bewerberinnen und Bewerber und über die Identifikation mit dem gewählten Studium und dem angestrebten Beruf geben sowie zur Vermeidung von Fehlvorstellungen über die Anforderungen des Studiums dienen soll (§ 12),
- g) auf Grund einer Verbindung von Maßstäben nach den Buchstaben a bis f (§ 13).

Bei der Auswahlentscheidung muss dem Grad der Qualifikation in jedem Einzelfall ein maßgeblicher Einfluss gegeben werden. Maßstab für die Qualifikationsbeurteilung sind die Kriterien nach Satz 1 Buchst. a bis e oder eine Verbindung dieser Kriterien. Das Kriterium nach Satz 1 Buchst. a ist stets und im Verhältnis zu anderen Kriterien mit mindestens einem Drittel in der Qualifikationsbeurteilung zu berücksichtigen. Sofern eine Eignungsprüfung nach § 66 HochSchG durchgeführt wird, können abweichend von den Sätzen 2 und 3 ergänzend oder ausschließlich die Ergebnisse dieser Prüfung der Auswahlentscheidung zugrunde gelegt werden; solche Auswahlverfahren sind in entsprechenden Eignungsprüfungsordnungen vollständig und abschließend zu regeln.

(4) Für konsekutive, postgraduale oder weiterbildende Studiengänge vergibt die Universität die Studienplätze gemäß § 24 StPVLVO:

- a) nach der in dem vorausgegangenen grundständigen Studium erlangten Abschlussnote (§ 7), nach dem Grad der in dem vorausgegangenen grundständigen Studium nachgewiesenen Qualifikation oder einer sonstigen fachlich exzellenten Leistung (§ 9),
- b) nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Tests, eines international anerkannten Sprach- oder Eignungstests, oder einer künstlerischen Eignungsprüfung (§ 10),
- c) nach der Bewertung einer beruflichen, künstlerischen oder einer vergleichbaren Tätigkeit (§ 11),
- d) nach dem Ergebnis eines Gesprächs mit den Bewerberinnen und Bewerbern, das Aufschluss über die Motivation der Bewerberinnen und Bewerber und über die Identifikation mit dem gewählten Studium und dem angestrebten Beruf geben sowie zur Vermeidung von Fehlvorstellungen über die Anforderungen des Studiums dienen soll (§ 12),
- e) eine Verbindung von Maßstäben nach den Buchstaben a bis e.

Bei der Auswahlentscheidung muss dem Grad der Qualifikation in jedem Einzelfall ein maßgeblicher Einfluss gegeben werden. Maßstab für die Qualifikationsbeurteilung sind die Kriterien nach Satz 1 Buchst. a bis d oder eine Verbindung dieser Kriterien. Soweit die Beteiligung am Vergabeverfahren nach Absatz 7 erfolgt, gilt für die Bewerberinnen und Bewerber das Kriterium nach Buchst. b und für die anderen Bewerberinnen und Bewerber das Kriterium nach Buchst. a. Das Kriterium nach Buchst. a oder Buchst. b ist stets und im Verhältnis zu anderen Kriterien mit mindestens einem Drittel in der Qualifikationsbeurteilung zu berücksichtigen; dies gilt nicht, soweit überwiegend das Kriterium nach Buchst. d als Maßstab herangezogen wird. Abs. 3 Satz 5 gilt entsprechend. Für weiterbildende Studiengänge, für die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 HochSchG kein Hochschulabschluss zwingend vorausgesetzt wird, ist die Auswahl allein nach den Kriterien b bis e vorzunehmen.

(5) Mit der Festlegung einer Zulassungsbeschränkung für einen Studiengang legt die Universität die anzuwendenden Auswahlmaßstäbe gemäß Absatz 3 und 4 fest. § 1 Abs. 3 ist anzuwenden.

(6) Soweit dies nicht im Rahmen dieses Teils der Grundordnung oder weiterer geltender rechtlicher Bestimmungen geregelt ist, legt die Universität, gegebenenfalls in Abstimmung mit der Stiftung für Hochschulzulassung, die Termine für das Auswahlverfahren fest. Ort der Durchführung des Auswahlverfahrens und seiner Teilverfahren ist grundsätzlich die Universität Mainz. Die Universität informiert spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Bewerbungsfristen allgemein in geeigneter Form (Internet) über die zeitliche Gestaltung des Auswahlverfahrens. Sofern erforderlich, werden die genauen Orte und Termine von Auswahltests

(§ 10) oder Auswahlgesprächen (§ 12) mindestens 1 Woche zuvor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern schriftlich oder elektronisch mitgeteilt.

(7) Kann die Bewerberin oder der Bewerber bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht den endgültigen Nachweis über den Abschluss des vorhergehenden Studiums vorlegen, kann eine Teilnahme am Auswahlverfahren unter Vorbehalt erfolgen, sofern auf Grund des bisherigen Studienverlaufs und der bisher erworbenen Prüfungsleistungen zu erwarten ist, dass sämtliche Abschlussprüfungen des Bachelorstudiengangs rechtzeitig vor Beginn des ersten Fachsemesters des Masterstudiums (in der Regel Vorlesungsbeginn) abgelegt werden und damit der Studienabschluss erfolgreich erworben wird. In begründeten Ausnahmefällen kann eine Teilnahme am Auswahlverfahren ebenfalls unter Vorbehalt erfolgen, sofern auf Grund des bisherigen Studienverlaufs und der bisher erworbenen Prüfungsleistungen zu erwarten ist, dass sämtliche Abschlussprüfungen des Bachelorstudiengangs rechtzeitig vor Ende des ersten Fachsemesters des Masterstudiums abgelegt werden und damit der Studienabschluss erfolgreich erworben wird. Die Bewerberin oder der Bewerber nimmt mit der bei der Bewerbung vorgelegten bescheinigten Durchschnittsnote am weiteren Auswahl- und Zulassungsverfahren teil; eine Anpassung der Verfahrensnote im Verlauf des Auswahl- und Zulassungsverfahrens auf Grund zusätzlich erbrachter Leistungen ist ausgeschlossen. Eine eventuelle Zulassung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der ordnungsgemäße Abschluss in dem vorausgesetzten vorhergehenden Studiengang bis zum Ende des ersten Fachsemesters des Masterstudiums nachgewiesen wird und sämtliche fehlenden Unterlagen eingereicht werden. Der Fachbereich hat mit dafür Sorge zu tragen, dass der Nachweis rechtzeitig geführt werden kann. Wird der Nachweis nicht fristgerecht geführt oder werden nicht sämtliche fehlende Unterlagen eingereicht, erlischt die Zulassung. Das Nähere regelt die Einschreibordnung.

## § 7

### Auswahl nach der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung

(1) Erfolgt die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a oder Abs. 4 Satz 1 Buchst. a, erstellt die Universität auf der Grundlage der vorgelegten Qualifikationsnachweise für jeden Studiengang eine Rangfolge der Bewerberinnen und Bewerber gemäß ihrer Qualifikationsnote; die für die Ermittlung des Grads der Qualifikation geltenden Bestimmungen der jeweils geltenden Rechtsverordnung sind anzuwenden. Für die Erstellung der Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren gilt § 14 Abs. 1.

(2) Enthält der Qualifikationsnachweis keine Gesamt- oder Durchschnittsnote, wird die Bewerberin oder der Bewerber nach der letzten Bewerberin oder dem letzten Bewerber mit feststellbarer Durchschnittsnote eingeordnet.

(3) In Studiengängen, die dem Zentralen Vergabeverfahren unterliegen, kann die Universität nach Maßgabe der rechtlichen Bestimmungen die Stiftung für Hochschulzulassung mit der Durchführung der Auswahl nach dem Grad der Qualifikation beauftragen.

## § 8

### Auswahl zu grundständigen Studiengängen auf Grund gewichteter Einzelfachnoten

(1) Erfolgt in grundständigen Studiengängen die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. b, legt die Universität die für die Gewichtung maßgeblichen Fächer fest (Anlage 1). Die ausgewählten Fächer müssen einen verlässlichen Rückschluss auf die Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers für den gewählten Studiengang und das gewählte Studienfach zulassen.

(2) Die Gewichtung erfolgt durch die Vergabe eines Bonus für nachgewiesene Leistungen in folgendem Umfang:

- a) für die Belegung eines Faches als schulischer Grundkurs: 0,2 Notenwerte pro Fach

b) für die Belegung eines Faches als schulischer Leistungskurs: 0,4 Notenwerte pro Fach.

Hierbei ist die Zahl der insgesamt anzurechnenden Bonuswerte auf einen Notenwert von maximal 1,0 beschränkt; eventuell darüber hinaus gehende Bonuswerte bleiben für das weitere Verfahren unberücksichtigt. § 13 Absatz 2 ist anzuwenden.

(3) Als schulischer Grundkurs wird ein Fach gewertet, das im Rahmen des für die Qualifikation maßgeblichen Fachunterrichts durchgängig mit durchschnittlich weniger als 4 Wochenstunden unterrichtet und besucht worden ist. Als schulischer Leistungskurs wird ein Fach gewertet, das im Rahmen des für die Qualifikation maßgeblichen Fachunterrichts durchgängig mit durchschnittlich mindestens 4 Wochenstunden unterrichtet und besucht worden ist. Ergibt sich die Differenzierung nicht zweifelsfrei aus den vorgelegten Qualifikationsnachweisen, ist die Bewerberin oder der Bewerber dazu verpflichtet, bis zu einer von der Universität festgelegten Frist die Nachweise über die Voraussetzungen gemäß Satz 1 und 2 zu führen. Ist dies der Bewerberin oder dem Bewerber nicht möglich oder kommt sie oder er dieser Pflicht nicht nach, wird das betreffende Fach wie ein schulischer Grundkurs gewertet.

(4) Die gemäß Absatz 2 zu berücksichtigenden Notenwerte werden addiert und von der Durchschnitts- oder Gesamtnote der Qualifikationsnote subtrahiert. Der so ermittelte Wert bildet die für das weitere Verfahren maßgebende Verfahrensnote.

(5) Die Universität ermittelt gemäß der nach Absatz 4 gebildeten Verfahrensnote die Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren. Für die Erstellung der Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren gilt § 14 Abs. 1.

(6) Enthält ein Nachweis der Qualifikation keine oder keine den festgelegten Fächern vergleichbaren Einzelnoten und kann die Bewerberin oder der Bewerber einen solchen Nachweis nicht bis zu der von der Universität gesetzten Frist führen, wird kein Bonus gewährt. Absatz 7 bleibt hiervon unberührt.

(7) Ist für Bewerberinnen und Bewerber, die auf Grund einer besonderen beruflichen Qualifikation oder eines abgeschlossenen Grundstudiums an einer Fachhochschule gemäß den landesrechtlichen Bestimmungen eine fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, eine Gewichtung gemäß Absatz 2 und 3 nicht möglich, erhält die Bewerberin oder der Bewerber einen pauschalen Bonus in Höhe von 0,7 Punkten.

## § 9

### Auswahl zu konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengängen auf Grund gewichteter Studien- und Prüfungsleistungen oder einer sonstigen fachlich exzellenten Leistung

(1) Erfolgt in konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengängen die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. b, legt die Universität für den Studiengang entweder

a) eine Mindestpunktzahl von Studien- und Prüfungsleistungen oder

b) die Studien- und Prüfungsleistungen oder einen vergleichbaren Leistungsstand hinsichtlich ihrer Auswahl und Gewichtung

fest, die für die Bildung der Verfahrensnote herangezogen werden (Anlage 1). Die zur Auswahl herangezogenen Studien- und Prüfungsleistungen müssen einen verlässlichen Rückschluss über die Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers für den gewählten Studiengang und das gewählte Studienfach zulassen. Für Bewerberinnen und Bewerber, die fachlich verwandte Studiengänge absolviert haben, sind fachlich und hinsichtlich ihrer Anforderungen vergleichbare Studien- oder Prüfungsleistungen aus vorangegangenen Studiengängen heranzuziehen. Bei fehlender ausreichender Vergleichbarkeit ist eine Zulassung zum Auswahl- und Zulassungsverfahren nicht möglich.

(2) Liegen nachgewiesene Leistungen (Förderungen, Auszeichnungen, Publikationen, Vorträge etc.) vor, die eine besondere wissenschaftliche Qualifikation zu erkennen geben, können zur Verbesserung der Verfahrensnote zusätzliche Bonuspunkte vergeben werden. Die Höhe der Bonuspunkte ist in der Anlage 1 geregelt; § 13 ist anzuwenden.

(3) Für die Prüfung der Unterlagen sowie zur Bildung der Verfahrensnote unter der Verwendung gewichteter Studien- und Prüfungsleistungen kann eine Auswahlkommission gebildet werden. § 10 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Die Universität ermittelt, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit der Kommission gemäß Absatz 3, gemäß der gebildeten Verfahrensnote die Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren. Für die Erstellung der Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren gilt § 14 Abs. 1.

(5) Für die Feststellung der Verfahrensnote gemäß Absatz 1 hat die Bewerberin oder der Bewerber eine zusammenfassende Bescheinigung der zuständigen Hochschule über sämtliche bislang erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen vorzulegen, die die damit bislang erreichte Durchschnittsnote ausweist. Die Universität Mainz ist nicht zur Ermittlung der Durchschnittsnote von Amts wegen verpflichtet.

## § 10

Auswahl nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studierfähigkeitstests, eines international anerkannten Sprach- oder Eignungstests oder eines fachspezifischen Tests

- (1) Erfolgt die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst c oder gemäß § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst c, legt die Universität die folgenden Einzelheiten fest:
- a) Bezeichnung des Tests,
  - b) Form des Tests (mündlich, schriftlich, praktisch, ggf. in Kombination),
  - c) im Rahmen des Tests nachzuweisende Fähigkeiten (Qualifikationsmerkmale),
  - d) Bewertung und die dafür maßgeblichen Maßstäbe,
  - e) gegebenenfalls die für eine weitere Auswahl erforderlichen Bewertungsgrenzen,
  - f) Dauer des Tests; bei einer Kombination von Testformen gemäß Buchst. b: Dauer der einzelnen Testteile,
  - g) gegebenenfalls Termin, bis zu dem der Test durchgeführt sein und das Ergebnis vorgelegt werden muss,
  - h) Gültigkeit des Tests.

Bei der Festlegung ist zu gewährleisten, dass der Test in seiner Gesamtheit einen verlässlichen Rückschluss über die fachspezifische Studierfähigkeit der Bewerberinnen oder des Bewerbers für den gewählten Studiengang und das gewählte Studienfach zulässt.

(2) Für die Organisation und Durchführung eines Studierfähigkeitstests, mit Ausnahme der Tests für Medizinische Studiengänge (TMS) gemäß Absatz 10, beruft die Universität auf Vorschlag des für den Studiengang bzw. für das Studienfach zuständigen Fachbereichs eine Auswahlkommission; bei Lehramtsstudiengängen ist das Benehmen mit dem Zentrum für Lehrerbildung der Universität herzustellen. Der Auswahlkommission gehören mindestens zwei Auswahlberechtigte gemäß § 2 an; hiervon muss mindestens eine oder einer der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. Studierende, die in dem betreffenden Studienfach eingeschrieben sind, können der Auswahlkommission mit beratender Stimme angehören. Die Auswahlkommission organisiert die Tests und koordiniert die Termine; sie hat die Vergleichbarkeit der einzelnen Tests sicher zu stellen und nimmt die abschließende Gesamtbewertung vor. Die Mitglieder der Auswahlkommission können den Studierfähigkeitstests beiwohnen. Sie unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, sind sie durch die Präsidentin oder den Präsidenten der Universität zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(3) Mündliche Studierfähigkeitstest bzw. –testteile, die sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung eindeutig und nachvollziehbar von Auswahlgesprächen gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. f unterscheiden müssen, sind von zwei auswahlberechtigten Personen gemäß § 2 durchzuführen. Hiervon sollte in der Regel mindestens eine der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. Mündliche Studierfähigkeitstests sind nicht öffentlich; Absatz 2 Satz 5 bleibt hiervon unberührt. In einem schriftlichen Protokoll sind festzuhalten:

- a) Datum und Zeitdauer des mündlichen Tests,
- b) teilnehmende Personen,
- c) Inhalte des Tests (Gesprächsgegenstände und Äußerungen der Bewerberinnen oder Bewerber hierzu),
- d) Beurteilung und Bewertungsvorschlag,
- e) besondere Vorkommnisse.

Das Protokoll ist von allen teilnehmenden Auswahlberechtigten zu unterzeichnen.

(4) Schriftliche Studierfähigkeitstests oder –testteile sind von einer auswahlberechtigten Person zu bewerten; hierbei ist explizit der Bezug zu den Maßstäben gemäß Absatz 1 Satz 1 Buchst. c – e herzustellen. Die Bewertung ist schriftlich zu begründen.

(5) Für praktische Studierfähigkeitstests sind die Vorschriften des Absatzes 3 entsprechend anzuwenden.

(6) Bei einer Kombination von Testformen (Absatz 1 Satz 1 Buchst. b) sind die Bewertungen einzeln gemäß den Absätzen 3 bis 5 vorzunehmen und zu dokumentieren.

(7) Die Auswahlkommission gemäß Absatz 2 legt auf der Grundlage der einzelnen Beurteilungen und Bewertungsvorschläge die abschließenden Bewertungen fest und erstellt eine Rangfolge. Die Universität legt auf dieser Grundlage eine Rangliste gemäß § 14 Abs. 1 fest.

(8) Um die fachspezifische Studierfähigkeit festzustellen, kann die Universität auf das Ergebnis eines an anderer Stelle unter vergleichbaren Bedingungen durchgeführten Tests zurück greifen, sofern es sich um allgemein anerkannte Testverfahren handelt (z.B. TOEFL-Test). Eventuell entstehende Kosten für die Teilnahme an externen Tests werden den Bewerberinnen und Bewerbern nicht erstattet.

(9) Die Universität ist berechtigt, die Teilnahme an einem dem Bewerbungstermin vorausliegenden Studierfähigkeitstest zur Voraussetzung für die ordnungsgemäße Bewerbung gemäß § 4 Absatz 1 zu machen.

(10) Für die Zulassung zu medizinischen Studiengängen der Universität Mainz kann die Teilnahme an einem außeruniversitären „Test für Medizinische Studiengänge (TMS)“ fakultativ oder obligatorisch vorgesehen werden. Der Fachbereichsrat der Universitätsmedizin legt in diesem Fall die für die Teilnahme geltenden Bedingungen fest; ansonsten richtet sich das Auswahlverfahren nach dieser Satzung. Die Ermittlung der Rangfolge für die Zulassung zu einem medizinischen Studiengang ergibt sich aus dem Anhang dieser Auswahlsetzung.

(11) Bei der Auswahl zu konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengängen liegen die Zuständigkeiten gemäß der Absätze 1, 2, 8 und 9 bei den jeweils zuständigen Fachbereichen oder der Universitätsmedizin.

(12) Für künstlerische Eignungsprüfungen sind die Verfahren vollständig und abschließend in den jeweiligen Eignungsprüfungsordnungen geregelt.

## § 11

### Auswahl nach der Bewertung einer Berufsausbildung, einer Berufstätigkeit, einer künstlerischen oder einer vergleichbaren Tätigkeit

(1) Erfolgt die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d oder Abs. 4 Satz 1 Buchst. d, gilt:

- a) Im Auswahlverfahren für den Studiengang Medizin wird ein Bonus für eine in Anlage 2 genannte Berufsausbildung in einem Gesundheitsfachberuf gewährt;
- b) in den Auswahlverfahren für die übrigen Studiengänge legt die Universität die für die Berücksichtigung maßgeblichen Berufsausbildungen, Berufstätigkeiten, künstlerischen oder vergleichbaren Tätigkeiten fest (Anlage 1); sie kann hierbei auch Ausbildungs- oder Berufsgruppen benennen, sofern sich hinreichend sichere Zuordnungen ergeben. Die zu berücksichtigende Berufsausbildung, Berufstätigkeit, künstlerische oder vergleichbare Tätigkeit sowie die Dauer ihrer Ausübung muss eine besondere Motivation und Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers für den gewählten Studiengang und das gewählte Studienfach erwarten lassen.

(2) Liegt eine zu berücksichtigende Berufsausbildung in einem Gesundheitsfachberuf vor (Abs. 1 Buchst. a), wird ein einmaliger Bonus in Höhe von 0,4 Notenwerten gewährt. Für eine Berufsausbildung, Berufstätigkeit, künstlerische oder vergleichbare Tätigkeit (Abs. 1 Buchst. b) wird gemäß Regelung in Anlage 1 ein Bonus in Höhe von maximal 0,5 Notenwerten gewährt. Ein Bonus wird von der Durchschnitts- oder Gesamtnote der Qualifikationsnote subtrahiert. Der so ermittelte Wert bildet die für das weitere Verfahren maßgebende Verfahrensnote. § 13 Absatz 2 ist anzuwenden.

(3) Für die Durchführung des Teilverfahrens unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d oder Abs. 4 Satz 1 Buchst. d kann eine Auswahlkommission gebildet werden. § 10 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Die Universität ermittelt, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit der Kommission gemäß Absatz 3, gemäß der nach Absatz 2 gebildeten Verfahrensnote die Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren. Für die Erstellung der Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren gilt § 14 Abs. 1.

## § 11a

### Auswahl auf Grund herausragender außerschulischer Leistungen

(1) Bei Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Heranziehung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe e legt die Universität für die jeweiligen Studiengänge die zu berücksichtigenden maßgeblichen herausragenden außerschulischen Leistungen vollständig und abschließend fest (Anlage 1). Die Leistungen müssen einen verlässlichen Rückschluss auf die Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers für den gewählten Studiengang und das gewählte Studienfach zulassen.

(2) Nachgewiesene herausragende außerschulische Leistungen werden durch die Vergabe eines Bonuswerts berücksichtigt. Die Bonuswerte sind studiengangspezifisch in Anlage 1 festgelegt. Liegen mehrere Leistungen entsprechend Absatz 1 Satz 2 vor, können die Boni kumuliert werden; der Gesamtbonus auf Grund herausragender außerschulischer Leistungen ist auf einen Notenwert von maximal 0,5 beschränkt; eventuell darüber hinaus gehende Bonuswerte bleiben für das weitere Verfahren unberücksichtigt. § 13 Absatz 2 ist anzuwenden.

(3) Für die Prüfung der Unterlagen sowie zur Bildung der Verfahrensnote unter der Berücksichtigung herausragender außerschulischer Leistungen kann eine Auswahlkommission gebildet werden. § 10 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Die Universität ermittelt, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit der Kommission gemäß Absatz 3, gemäß der gebildeten Verfahrensnote die Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren. Für die Erstellung der Rangfolge für das weitere Auswahlverfahren gilt § 14 Abs. 1.

## § 12

### Auswahl nach dem Ergebnis eines Auswahlgesprächs

(1) Erfolgt die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. f, werden in einem Auswahlgespräch die Motivation der Bewerberin oder des Bewerbers sowie ihre Identifikation mit dem ausgewählten Studiengang sowie dem angestrebten Beruf erhoben und nach einem einheitlichen Standard bewertet. Hierfür werden auch das Gesprächsverhalten der Bewerberin oder des Bewerbers sowie die Kompetenz im Umgang mit offenen Fragestellungen und Problemen herangezogen. Zusätzlich soll das Gespräch Aufschluss über gegebenenfalls vorhandene Fehlvorstellungen hinsichtlich der Anforderungen des Studiums geben.

(2) Grundlage für das Auswahlgespräch ist ein teilstandardisierter Gesprächsleitfaden, der der Erhebung der in Absatz 1 genannten Gesprächsziele dient und zugleich die anzuwendenden Beurteilungs- und Bewertungsmaßstäbe enthält. Der Gesprächsleitfaden ist zusammen mit der Beantragung der Zulassungsbeschränkung sowie der Auswahl auf der Grundlage von Auswahlgesprächen durch den zuständigen Fachbereich der Universität vorzulegen. Entspricht der Leitfaden nach Auffassung der Universität nicht den Anforderungen gemäß Satz 1, können Auswahlgespräche nicht durchgeführt werden.

(3) Für die Organisation und Durchführung der Auswahlgespräche beruft die Universität auf Vorschlag des für den Studiengang bzw. für das Studienfach zuständigen Fachbereichs eine Auswahlkommission; bei Lehramtsstudiengängen ist das Benehmen mit dem Zentrum für Lehrerbildung der Universität herzustellen. Der Auswahlkommission gehören mindestens zwei Auswahlberechtigte gemäß § 2 Abs. 1 und 2 an; hiervon muss mindestens eine oder einer der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. Studierende, die in dem betreffenden Studienfach eingeschrieben sind, können der Auswahlkommission mit beratender Stimme angehören. Die Auswahlkommission organisiert die Gespräche und koordiniert die Termine; sie hat die Vergleichbarkeit der Auswahlgespräche sowie der Bewertungen sicher zu stellen und nimmt die abschließende Gesamtbewertung vor.

(4) Die Mitglieder der Auswahlkommission können den Auswahlgesprächen beiwohnen. Sie unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, sind sie durch die Präsidentin oder den Präsidenten der Universität zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(5) Das Auswahlgespräch wird durch zwei auswahlberechtigte Personen gemäß § 2 durchgeführt; hiervon sollte in der Regel mindestens eine der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. Auswahlgespräche sind nicht öffentlich; Absatz 4 Satz 1 bleibt hiervon unberührt.

(6) Über den Verlauf und das Ergebnis des Auswahlgesprächs ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, aus dem sich der Verlauf und das Ergebnis des Gesprächs nachvollziehbar ergibt. In dem Protokoll sind mindestens festzuhalten:

- a) Datum und Zeitdauer des Gesprächs,
- b) teilnehmende Personen,
- c) Inhalte des Gesprächs (Gesprächsgegenstände und Äußerungen der Bewerberinnen oder Bewerber hierzu),
- d) Beurteilung und Bewertungsvorschlag,
- e) besondere Vorkommnisse.

Das Protokoll ist von allen teilnehmenden Auswahlberechtigten zu unterzeichnen.

(7) Die Dauer der Auswahlgespräche ist fachspezifisch festgelegt (Anlage 1). Sie beträgt pro Person mindestens 15 Minuten und soll 30 Minuten nicht überschreiten. Gruppengespräche mit bis zu 5 Personen sind zulässig, sofern die Gesprächsbeiträge der einzelnen Teilnehmenden eindeutig erkennbar und getrennt bewertet werden können. Im Falle von Gruppengesprächen muss jeder Bewerberin und jedem Bewerber eine Gesprächszeit von mindestens 15 Minuten zur Verfügung stehen.

(8) Die Auswahlkommission gemäß Absatz 3 legt auf der Grundlage der einzelnen Beurteilungen und Bewertungsvorschläge die abschließenden Bewertungen fest und erstellt eine Rangfolge. Die Universität legt auf dieser Grundlage eine Rangliste gemäß § 14 Abs. 1 fest.

(9) Erfolgt die Auswahl zu konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengänge unter Anwendung des Maßstabs gemäß § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. e, gelten die Bestimmungen der Absätze 1 bis 8 analog. Die Zuständigkeiten gemäß der Absätze 2 und 3 liegen bei den jeweils zuständigen Fachbereichen oder der Universitätsmedizin.

### § 13

#### Auswahl auf Grund einer Verbindung von Auswahlmaßstäben

(1) Bei einer Verbindung der Auswahlmaßstäbe bestimmt die Universität die Reihenfolge der Anwendung der Maßstäbe sowie gegebenenfalls die festzulegenden Quoten und Gewichtungen für die einzelnen Teilverfahren. Die §§ 7 bis 12 sind anzuwenden. Im Falle grundständiger Studiengänge ist bei einer Verbindung der Auswahlmaßstäbe zu gewährleisten, dass der Qualifikationsnote maßgeblicher Einfluss zukommt.

(2) In grundständigen Studiengängen können bei einer Verbindung der Auswahlmaßstäbe Bonuswerte aus einzelnen Verfahren bis zu einem maximalen Notenwert von 1,0 kumuliert werden. Darüber hinaus gehende Bonuswerte bleiben unberücksichtigt. Bei konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengängen ist eine darüber hinaus gehende Anrechnung von Boni zulässig.

(3) Ergibt sich aus der Verbindung von Auswahlmaßstäben eine Durchschnittsnote, ist nur die erste Stelle nach dem Komma zu berücksichtigen; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

## D. Vergabeverfahren

### § 14

#### Erstellen von Ranglisten, Information, Akteneinsicht

(1) Nach Abschluss jedes Teilverfahrens gemäß §§ 6 - 13 sowie nach Abschluss des Auswahlverfahrens insgesamt erstellt die Universität für jeden Studiengang oder jedes Studienfach auf der Grundlage der im Verfahren erzielten Ergebnisse eine Rangliste. Besteht bei einem Teilverfahren Ranggleichheit und werden keine weiteren Auswahlmaßstäbe gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 4 Satz 1 herangezogen, bestimmt sich die Rangfolge nach folgenden Bestimmungen:

- a) für Studiengänge, die dem zentralen Vergabeverfahren unterliegen: gemäß § 7 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit §§ 20 und 21 StPVLVO; bei Einbezug des Ergebnisses des Tests für Medizinische Studiengänge gemäß § 10 Abs. 10 entscheidet im Falle von Ranggleichheit zunächst die Note der Qualifikation gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a, anschließend die Kriterien gemäß Halbsatz 1.
- b) für örtlich zulassungsbeschränkte grundständige Studiengänge: gemäß § 8 Abs. 7 und 8 StPVLVO.
- c) für örtlich zulassungsbeschränkte konsekutive, postgraduale oder weiterbildende Studiengänge: nach Los.

Bei Außerkrafttreten einer der in Satz 2 Buchstabe a oder b genannten Rechtsverordnungen ist die Rangfolge entsprechend den analogen Bestimmungen der Rechtsverordnung zu bilden, die an die Stelle der außer Kraft tretenden Verordnung tritt.

(2) In Studiengängen, die dem zentralen Vergabeverfahren unterliegen, wird die Rangliste der Stiftung für Hochschulzulassung für die weitere Vergabe der Studienplätze zugesandt.

(3) Unbeschadet der Zuständigkeit gemäß § 15 Abs. 1 Buchst. a kann die Universität Bewerberinnen und Bewerber über das Ergebnis des Auswahlverfahrens informieren. Die Information begründet keinen Rechtsanspruch auf Zulassung.

(4) Die Universität gestattet nach Abschluss des Auswahlverfahrens auf schriftlichen Antrag Bewerberinnen und Bewerber Akteneinsicht. Sie kann die Zeit und den Ort der Akteneinsicht festlegen. Im Falle von Auswahlverfahren für konsekutive, postgraduale oder weiterbildende Studiengängen können die Zuständigkeiten auf die jeweiligen Fachbereiche oder die Universitätsmedizin delegiert werden. Für das eventuelle Geltendmachen von Rechtsansprüchen können Bewerberinnen und Bewerber Abschriften von ihren Akten anfertigen, sofern hierauf bei dem Antrag auf Akteneinsicht hingewiesen worden ist.

## § 15

### Vergabe der Studienplätze

(1) Die Vergabe der Studienplätze erfolgt entsprechend dem Ergebnis des Auswahlverfahrens nach der jeweiligen Rangliste

- a) für Studienplätze, die dem zentralen Vergabeverfahren unterliegen: durch die Stiftung für Hochschulzulassung nach Maßgabe der für dieses Vergabeverfahren geltenden Rechtsverordnung,
- b) für örtlich zulassungsbeschränkte grundständige Studiengänge: durch die Universität nach Maßgabe der StPVLVO in der jeweils geltenden Fassung.
- c) für örtlich zulassungsbeschränkte konsekutive, postgraduale und weiterbildende Studiengänge: durch die Universität nach Maßgabe der StPVLVO in der jeweils geltenden Fassung.

(2) In örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen kann die Universität die administrative Durchführung zur Vergabe der Studienplätzen einer anderen Einrichtung zu übertragen.

(3) Bei örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen werden die nach Ablauf der im Zulassungsbescheid genannten Fristen für das Hochschulauswahlverfahren verfügbaren Studienplätze an bis dahin nicht zugelassene Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Platzierung auf den entsprechenden Ranglisten vergeben (Nachrückverfahren). § 8 Abs. 8 StPVLVO ist anzuwenden.

## § 16

### Losverfahren

(1) Sind nach Abschluss des Vergabeverfahrens noch Studienplätze verfügbar oder werden bis zu diesem Zeitpunkt Studienplätze wieder verfügbar, so werden diese durch Losverfahren vergeben. Verfügbar im Sinne von Satz 1 sind Studienplätze, die im regulären Verfahren nicht vergeben werden konnten oder nicht angenommen wurden. Wieder verfügbar werdende Studienplätze sind solche, die bereits wirksam vergeben waren, aber durch Exmatrikulation zu einem Zeitpunkt innerhalb der ersten drei Wochen nach Vorlesungsbeginn frei werden.

(2) Für die Teilnahme am Losverfahren ist für jeden gewünschten Studiengang eine gesonderte Antragsstellung in elektronischer Form erforderlich. Die Bewerbungsfrist regelt die Universität durch Satzung. Anträge, die außerhalb der Frist und/ oder in Papierform eingehen, werden nicht berücksichtigt. Am Losverfahren können nur Deutsche oder ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose beteiligt werden, die im Sinne des § 2 der StPVLVO Deutschen gleichgestellt sind. Jede Bewerberin und jeder Bewerber darf pro Studiengang nur einen Losantrag stellen.

(3) Unter den form- und fristgemäß gestellten Anträgen auf Teilnahme am Losverfahren für den jeweiligen Studiengang entscheidet das Los. Die Ziehung erfolgt grundsätzlich durch ein automatisiertes Datenverarbeitungsverfahren. Jedem form- und fristgemäß gestellten Antrag wird eine Losnummer zugeteilt. Aus den vergebenen Losnummern wird durch ein elektronisches Datenverarbeitungsprogramm eine Rangfolge nach

dem Zufallsprinzip erstellt. Das Ergebnis der Rangfestlegung ist zu protokollieren. Aufgrund der so festgestellten Rangliste werden die zur Verfügung stehenden Studienplätze vergeben. Bewerberinnen und Bewerber, die entgegen der Regelung in Absatz 2 Satz 4 mehrere Losanträge für einen Studiengang abgegeben haben, werden nur mit dem Antrag berücksichtigt, der den niedrigsten Rangplatz hat.

(4) Ein Nachrückverfahren auf nach Vergabe im Losverfahren frei bleibende oder frei werdende Plätze findet nicht statt.

## **E. Schlussbestimmungen**

### **§ 17**

#### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

(1) Wenn die Bewerberin oder der Bewerber zu einem ordnungsgemäß festgesetzten und mitgeteilten Termin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder einen begonnenen fachspezifischen Studierfähigkeitstest (§ 10) oder ein begonnenes Auswahlgespräch (§ 12) ohne triftige Gründe abbricht, wird dies als Rücktritt von der Bewerbung gewertet und ist einer schriftlichen Erklärung des Rücktritts gemäß Absatz 3 Satz 2 gleichgestellt.

(2) Die für ein Versäumnis oder eine Unterbrechung geltend gemachten Gründe müssen der Universität unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Bewerberin oder des Bewerbers kann die Vorlage eines ärztlichen und gegebenenfalls eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Der Krankheit der Bewerberin oder des Bewerbers steht die Krankheit eines von ihr oder ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Werden die Gründe anerkannt und ist im Rahmen des festgelegten Auswahlverfahrens noch keine Rangliste erstellt, kann ein neuer Termin vereinbart werden, sofern der weitere Ablauf des Auswahlverfahrens nicht verzögert wird.

(3) Ein Rücktritt vom Auswahlverfahren ist zu jedem Zeitpunkt möglich. Er ist schriftlich zu erklären. Im Falle eines Rücktritts wird die Bewerberin oder der Bewerber aus dem weiteren Verfahren gestrichen.

(4) Versucht die Bewerberin oder der Bewerber das Ergebnis des Auswahlverfahrens durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen oder stört die Bewerberinnen oder der Bewerber den ordnungsgemäßen Ablauf eines Auswahlverfahrens, wird die oder der Betreffende vom weiteren Auswahlverfahren ausgeschlossen. Die Bewerberin oder der Bewerber wird auf den letzten Rangplatz gesetzt. In schwerwiegenden Fällen kann die Universität die Bewerberin oder den Bewerber vom gesamten Zulassungsverfahren ausschließen.

(5) Belastende Entscheidungen sind der Bewerberin oder dem Bewerber unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen; eine Rechtsbehelfsbelehrung ist beizufügen. Vor einer Entscheidung gemäß Absatz 4 Satz 3 ist der betroffenen Bewerberin oder dem betroffenen Bewerber Gelegenheit zu rechtlichem Gehör zu geben.

### **§ 18**

#### **Inkrafttreten**

(1) Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Die Änderungen gegenüber der bisherigen Ordnung treten vorbehaltlich einer entsprechenden Ermächtigung oder unmittelbar geltenden Regelung durch Rechtsverordnung in Kraft und finden erstmals für das Vergabeverfahren des Semesters Anwendung, auf das die Verordnung Anwendung findet.

Mainz, den 30. Dezember 2010

In Vertretung

Universitätsprofessorin Dr. Mechthild D r e y e r  
Vizepräsidentin der  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

## Anlage 1

### Durchführung des Hochschulauswahlverfahrens für die an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zulassungsbeschränkten Studiengänge (zu § 1 Abs. 3 Satz 1)

Vorbehaltlich der Festlegung einer Zulassungszahl für das erste und höhere Fachsemester in der jeweils gültigen Hochschul-Zulassungszahl-Verordnung (veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz oder in der jeweils gültigen Hochschulsatzung über die Festsetzung von Zulassungszahlen) werden für das Hochschulauswahlverfahren in den nachfolgend aufgeführten Studiengängen die Auswahlkriterien wie folgt bestimmt:

#### A. Grundständige Studiengänge (Studiengänge, die keinen ersten Hochschulabschluss voraussetzen)

Abkürzungen:

- $Q_{HZB}$  = Grad der Qualifikation - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a  
B = Bonus für Berufsausbildung oder Berufstätigkeit - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d  
 $B_{asL}$  = Bonus für herausragende außerschulische Leistung - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. e; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. e  
 $B_G$  = Berufsausbildung entsprechend § 11 Abs. 2 in einem Gesundheitsfachberuf gemäß Anlage 2 - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d  
E = Gewichtete Einzelfachnoten (mit Angabe der zu berücksichtigenden schulischen Fächer) - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. b; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. b  
FST = Ergebnis fachspezifischer Studierfähigkeitstest - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. c; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. c  
G = Ergebnis Auswahlgespräch - § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. f  
P = Ortspräferenz (mit Angabe der zu berücksichtigenden Präferenzen) - § 5 Abs. 3 Satz 2  
TMS = Ergebnis Test für medizinische Studiengänge - § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. c; § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. c i.V.m. § 10 Abs. 10  
VN = Verfahrensnote

#### • Medizin (Staatsexamen)

<u>Vorauswahl:</u>	ja
Quote:	keine
Auswahlmaßstäbe:	P (1-3)

<u>Auswahlverfahren:</u>	Verfahrensnote: $Q_{HZB}$ abzgl. Bonus ( $B_G$ ) oder Durchschnitt aus $Q_{HZB}$ (gewichtet mit 51%) und TMS (gewichtet mit 49%) abzgl. Bonus ( $B_G$ )
--------------------------	---

$$VN = Q_{HZB} - B_G \quad \text{oder} \\ VN = (Q_{HZB} * 0,51) + (TMS * 0,49) - B_G$$

Die Teilnahme am TMS ist freiwillig; eine Notenverschlechterung ist ausgeschlossen.

Auswahlmaßstäbe:	$B_G$ : 0,4 für nachgewiesene Berufsausbildung in einem Gesundheitsfachberuf gemäß (Anlage 2); es kann maximal 1 Bonus gewährt werden
------------------	---

- **Pharmazie (Staatsexamen)**

Vorauswahl: ja  
 Quote: keine  
 Auswahlmaßstäbe: P (1-3)

Auswahlverfahren:  
 Auswahlmaßstäbe: Verfahrensnote:  $Q_{HZB}$

- **Sport und Sportwissenschaft (B.A.) sowie Sport (B.Ed.)**

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote:  
 $Q_{HZB}$  abzgl. Bonus für herausragende außerschulische Leistungen ( $B_{asL}$ ).

$$VN = Q_{HZB} - B_{asL}$$

Auswahlmaßstäbe:  $B_{asL}$ : 0,3 für mindestens einjährige Zugehörigkeit zu A-, B- oder C-Kader einer Sportart während der letzten zwei Jahre vor Erwerb der HZB (Bescheinigung des zuständigen Bundessportverbands).

- **Zahnmedizin (Staatsexamen)**

Vorauswahl: ja  
 Quote: keine  
 Auswahlmaßstäbe: P (1-3)

Auswahlverfahren:  
 Auswahlmaßstäbe: Verfahrensnote:  
 $Q_{HZB}$  (100%) oder Durchschnitt aus  $Q_{HZB}$  (51%) + TMS (49%)

$$VN = Q_{HZB} \quad \text{oder}$$

$$VN = (Q_{HZB} * 0,51) + (TMS * 0,49)$$

Die Teilnahme am TMS ist freiwillig; eine Notenverschlechterung ist ausgeschlossen.

In allen weiteren zulassungsbeschränkten grundständigen Studiengängen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz werden die Studienplätze nach der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung (§ 7) vergeben.

## B. Konsekutive, postgraduale oder weiterbildende Studiengänge (Studiengänge, die einen ersten Hochschulabschluss voraussetzen)

Abkürzungen:

- A = Qualifikation aus Abschlussnote - § 5 Abs. 4 Satz 1 Buchst. a; § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. a  
B<sub>n</sub> = Bonus/Boni für Berufsausbildung oder Berufstätigkeit - § 5 Abs. 4 Satz 1 Buchst. d; § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. d  
ExzL<sub>n</sub> = Bonus/Boni für besondere exzellente Leistungen - § 9 Abs. 2  
G = Ergebnis aus Auswahlgespräch - § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. e  
LP = Leistungspunkte (oder Credits oder ECTS)  
Min = Minimum der beiden in Klammern angegebenen Zahlwerte  
Q<sub>Stud</sub> = Gewichtete Qualifikation aus vorhergehendem Studium (mit Angabe der zu berücksichtigenden Mindest-Leistungspunktezahl oder der zu berücksichtigenden Studien- und Prüfungsleistungen) - § 5 Abs. 4 Satz 1 Buchst. b; § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. b  
T = Ergebnis international anerkannter Sprach- oder Eignungstest oder fachspezifischer Test - § 5 Abs. 4 Satz 1 Buchst. c; § 6 Abs. 4 Satz 1 Buchst. c  
VN = Verfahrensnote

### • Biomedizin (M.Sc.)

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote: Q<sub>Stud</sub> abzgl. der Summe der Boni (B<sub>1</sub> + B<sub>2</sub> + ExzL)

$$VN = Q_{\text{Stud}} - (B_1 + B_2 + \text{ExzL})$$

Auswahlmaßstäbe:

- Q<sub>Stud</sub>: mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);  
B<sub>1</sub>: 0,3 für abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung,  
B<sub>2</sub>: 0,2 für mind. zweijährige einschlägige Berufstätigkeit,  
ExzL: 0,5 für nachgewiesene wissenschaftliche Förderungen, Auszeichnungen oder Preise sowie für wissenschaftliche Publikationen und Vorträge bzw. Posterpräsentationen auf nationalen oder internationalen Kongressen.

### • Epidemiologie (M.Sc., konsekutiv)

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote: Durchschnitt aus

- a) Q<sub>Stud</sub>, gewichtet mit 70%, und  
b) Note aus G, gewichtet mit 30%

$$VN = (Q_{\text{Stud}} * 0,7) + (G * 0,3)$$

Auswahlmaßstäbe:

- Q<sub>Stud</sub>: mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);  
G: Termin ist mind. 1 Monat vor Ablauf der Bewerbungsfrist bekannt zu geben

- **Deutsch als Fremdsprache (M.A.)<sup>1</sup>**

<u>Vorauswahl:</u>	nein
<u>Auswahlverfahren:</u>	Verfahrensnote: $Q_{\text{Stud}}$ abzgl. der Summe der Boni ( $B_1 + B_2 + B_3 + \text{ExzL}_1 + \text{ExzL}_2$ ), wobei die Summe der Boni maximal 1,0 betragen kann $VN = Q_{\text{Stud}} - (B_1 + B_2 + B_3 + \text{ExzL}_1 + \text{ExzL}_2)$
Auswahlmaßstäbe:	$Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP); $B_1$ : 0,25 für abgeschlossene einschlägige Berufsqualifizierung im Umfang von mindestens 30 LP; $B_2$ : 0,25 für über Pflichtpraktika hinausgehende Praktika in einschlägigen Berufsfeldern im Umfang von mindestens sechs Monaten; $B_3$ : 0,5 für mindestens einjährige einschlägige Berufstätigkeit oder vergleichbare Tätigkeit im Berufsfeld; im Falle einer Unterrichtstätigkeit im Umfang von durchschnittlich mindestens 10 Unterrichtseinheiten (von mindestens 45 Minuten) pro Woche; $\text{ExzL}_1$ : 0,1 für wissenschaftliche Auszeichnungen und Publikationen $\text{ExzL}_2$ : 0,2 für Kompetenzen in den Bereichen Interkulturalität, Sprachlehrforschung oder Fremdsprachdidaktik DaF/DaZ, die in einem vorhergehenden Studium erworben wurden, sofern der ausgewiesene Arbeitsaufwand für das Erlangen der Kompetenzen 30 LP überstieg. <p>Zur Erlangung von Boni sind bei der Anmeldung zum Eignungsgespräch gemäß Prüfungsordnung entsprechende Nachweise in amtlich beglaubigter Form einzureichen. Abweichend davon genügt im Falle einer Anmeldung per E-Mail das Einreichen der Dokumente in elektronischer Form; die amtlich beglaubigten Kopien müssen beim Eignungsgespräch nachgereicht werden.</p>

---

<sup>1</sup> Ab Wintersemester 2017/18 lautet die Bezeichnung des Studiengangs vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien „Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache“.

- **International Economics and Public Policy (M.Sc.)**

<u>Vorauswahl:</u>	nein
<u>Auswahlverfahren:</u>	Verfahrensnote: $Q_{\text{Stud}}$ abzgl. der Summe der Boni ( $B + \text{ExzL}$ ), wobei die Summe der Boni maximal 1,0 betragen kann $VN = Q_{\text{Stud}} - (B + \text{ExzL}), \text{ Min } (B + \text{ExzL}; 1,0)$
Auswahlmaßstäbe:	$Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);

- B: a) 0,25 für abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung oder über Pflichtpraktika hinausgehende besonders qualifizierende Praktika in einschlägigen Berufsfeldern, oder  
 b) 0,5 für mind. zweijährige einschlägige Berufstätigkeit in qualifizierter Position
- ExzL: 0,1 - max. 1,0 für besondere wiss. Förderungen, Auszeichnungen und Preise, Publikationen und Vorträge etc.

- **Kommunikation (M.A.), Schwerpunkt Medienmanagement**

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote:  $VN = Q_{\text{Stud}} - [B \text{ a}) + B \text{ b})]$

- Auswahlmaßstäbe:  $Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);
- B: a) 0,25 für abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung in einschlägigen Berufsfeldern  
 b) 0,5 für mind. zweijährige einschlägige Berufstätigkeit qualifizierter Position

- **Kommunikation (M.A.), Schwerpunkt Unternehmenskommunikation**

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote:  $VN = Q_{\text{Stud}} - [B \text{ a}) + B \text{ b})]$

- Auswahlmaßstäbe:  $Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);
- B: a) 0,25 für abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung in einschlägigen Berufsfeldern  
 b) 0,5 für mind. zweijährige einschlägige Berufstätigkeit qualifizierter Position

- **Management (M.Sc.)**

Vorauswahl: nein

- Auswahlverfahren:
1. Verfahrensnote bei Durchführung eines Auswahlgesprächs:  
 Durchschnitt aus:  
 a)  $Q_{\text{Stud}}$  abzgl. Summe der Boni (B + ExzL), wobei die Summe der Boni maximal 1,0 betragen kann (gewichtet mit 60%) und  
 b) der Note aus G (gewichtet mit 40%)

$$VN = ((Q_{\text{Stud}} - (B + \text{ExzL})) * 0,6) + (G * 0,4)$$

2. Verfahrensnote bei Durchführung eines Tests:  
 Durchschnitt aus:  
 a)  $Q_{\text{Stud}}$  abzgl. Summe der Boni (B + ExzL), wobei die Summe der Boni maximal 1,0 betragen kann (gewichtet mit 50%) und  
 b) der Note aus T (gewichtet mit 50%)

$$VN = ((Q_{\text{Stud}} - (B + \text{ExzL})) * 0,5) + (T * 0,5)$$

3. Verfahrensnote bei Entfall von Auswahlgespräch und Test:  
 $Q_{\text{Stud}}$  abzgl. der Summe der Boni (B+ ExzL), wobei die Summe der Boni maximal 1,0 betragen kann

$$VN = Q_{\text{Stud}} - (B + \text{ExzL})$$

Auswahlmaßstäbe:

- $Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);  
 G: optional; falls angesetzt, ist Termin mind. 1 Monat vor Ablauf der Bewerbungsfrist bekannt zu geben;  
 T: möglich auch standardisierter Test wie GMAT;  
 T optional; falls angesetzt, ist Termin mind. 2 Monate vor Ablauf der Bewerbungsfrist bekannt zu geben  
 B: a) 0,25 für abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung oder über Pflichtpraktika hinausgehende besonders qualifizierende Praktika in einschlägigen Berufsfeldern, oder  
 b) 0,5 für mind. zweijährige einschlägige Berufstätigkeit in qualifizierter Position  
 ExzL: Insgesamt 0,1 - max. 0,5 für besondere wiss. Förderungen, Auszeichnungen und Preise, Publikationen und Vorträge etc.

• **Psychologie (M.Sc.)  
 mit einem klinisch-gesundheitsbezogenem oder einem anwendungsorientierten Schwerpunkt**

Vorauswahl:

ja

Quote:

jeweils dreifache Zahl der pro Schwerpunkt zur Verfügung stehenden Studienplätzen

Auswahlmaßstäbe:

$Q_{\text{Stud}}$

Auswahlverfahren:

Verfahrensnote: Durchschnitt aus

- a)  $Q_{\text{Stud}}$ , gewichtet mit 34%, und  
 b) schwerpunktsbezogene Note aus T, gewichtet mit 66%

$$VN = (Q_{\text{Stud}} * 0,34) + (T * 0,66)$$

Auswahlmaßstäbe:

- $Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);  
 T: Anforderungen gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1:  
 a) Bezeichnung: Fachspezifischer Studierfähigkeitstest für den Masterstudiengang Psychologie (M.Sc.) in einem klinisch-

gesundheitsbezogenem oder einem anwendungsorientierten Schwerpunkt

b) Durchführung: schriftlich

c) Qualifikationsmerkmale: Nachweis der erforderlichen Fähigkeiten für ein erfolgreiches Studium im Masterstudiengang Psychologie mit klinisch-gesundheitsbezogenem oder anwendungsorientiertem Schwerpunkt. Dies umfasst:

**Fachliches Grundlagenwissen**, hier insbesondere Kenntnis der wichtigsten psychologischen Theorien menschlichen Verhaltens und Erlebens; Einordnung der Schulen und Paradigmen im wissenschaftshistorischen Kontext;

Fachwissen der Ergebnisse der vertretenen Fachdisziplinen und ihrer Anwendung; Grundlegende Kenntnis der biologischen Grundlagen menschlichen Verhaltens und Erlebens; Schwerpunktbezogenes Wissen, insbesondere detailliertes Wissen über klinische Störungen, Kenntnis des psychotherapeutischen Prozesses, von Therapieformen und Rehabilitation;

**Methodenkompetenz**, hier insbesondere Fähigkeit, die für ein konkretes Problem in Frage kommenden Theorien und empirische Befunde heranziehen und interpretieren zu können; Fähigkeit, inhaltliche Annahmen zu operationalisieren und prüfbare Hypothesen aufzustellen; Fähigkeit, relevante Variablen zu identifizieren, problemadäquate Untersuchungsstrategien auszuwählen und geeignete experimentelle Designs zu entwickeln oder Designs im Hinblick auf die Eignung zur Untersuchung einer Fragestellung zu beurteilen; Fähigkeit zur fundierten Anwendung psychologischer Untersuchungsmethoden und zur Bewertung von Objektivität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit eingesetzter Test- und Messverfahren; Kenntnisse in den methodischen Grundlagen der Testentwicklung;

Detaillierte und gründliche Kenntnisse komplexer statistischer Analysemethoden und praktischer Verfahren der Datenanalyse

d) Teilgebiete/Gegenstand und Bewertung:

**Teilgebiete/Gegenstand:** Fundierte und vertiefte Kenntnisse in empirischen Forschungsmethoden und psychologischer Diagnostik, insbesondere Versuchsplanung und Varianzanalyse, Grundzüge der Evaluationsforschung, Metaanalyse, Aufbau und Anwendung psychometrischer Testverfahren, sowie ihrer testtheoretischen Grundlagen. Kenntnis der wichtigsten Intelligenz-, Persönlichkeits- und spezifischen Eignungstests. Gesundheitspsychologie: spezifischer Präventions- und Interventionstechniken, vertiefte domänen- und krankheitsspezifische Konzepte (Risikoverhaltensweisen, protektive Faktoren, chronische Erkrankungen), Kenntnisse gesundheitspsychologischer Forschungsmethoden, insbesondere epidemiologische Grundkonzepte, Evaluationsdesigns. Rechtspsychologie: Grundzüge der Forensischen Psychologie, insbesondere psychologische Begutachtung in familiengerichtlichen Verfahren (Sorge- und Umgangsrecht, Missbrauch und Misshandlung) und Strafverfahren (Reliabilität und Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen,

Schuldfähigkeit und Risikoabschätzung), sowie der Kriminalpsychologie (Entstehenszusammenhänge von Kriminalität, Tat- und Täterprofile, Kriminalprävention, Behandlung von Straftätern).

Des Weiteren werden Grundkenntnisse der Allgemeinen Psychologie, Biologischen Psychologie, Persönlichkeitspsychologie, Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie, Arbeits- Organisations- und Wirtschaftspsychologie und der klinischen Psychologie nach dem allgemeinen Standard des Bachelor-Grundwissens in Psychologie erwartet.

**Bewertung:** Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Buchst. d der Ordnung für die Prüfung im Masterstudiengang Psychologie (M.Sc.) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Für den klinisch-gesundheitsbezogenen Schwerpunkt werden die Items in Gesundheitspsychologie, klinischer Psychologie, und biologischer Psychologie höher gewichtet; für den anwendungsbezogenen Schwerpunkt werden die Items in AOW-Psychologie, Rechtspsychologie, allgemeiner Psychologie und Sozialpsychologie höher gewichtet.

e) Dauer: 120 Minuten

f) Termine: Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a der Ordnung für die Prüfung im Masterstudiengang Psychologie (M.Sc.) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

g) Gültigkeit: 4 Jahre.

- **Sportwissenschaft (M.Sc.)**

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote:  
Q<sub>Stud</sub> abzgl. Summe der Boni

$$VN = Q_{\text{Stud}} - (B_1 + B_2 + B_3)$$

Auswahlmaßstäbe: Q<sub>Stud</sub>: mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP),

B<sub>1</sub>: 0,3 für Zugehörigkeit zu B- oder A-Kader einer Sportart,

B<sub>2</sub>: 0,3 für abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung,

B<sub>3</sub>: 0,2 für mindestens zweijährige einschlägige Berufstätigkeit.

In allen weiteren zulassungsbeschränkten konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengängen (Studiengänge, die einen ersten Hochschulabschluss voraussetzen) werden die Studienplätze nach den folgenden Kriterien vergeben:

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote: Q<sub>Stud</sub>

$$VN = Q_{\text{Stud}}$$

Auswahlmaßstab:  $Q_{\text{Stud}}$ : mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums.

## Anlage 2

**Gemäß StPVLVO berücksichtigungsfähige Berufsausbildungen in einem Gesundheitsfachberuf (zu § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d und § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. d)**

- Altenpflegerinnen und -pfleger;
- Anästhesietechnische Assistentinnen und Anästhesietechnische Assistenten;
- Chirurgisch-technische Assistentinnen und Assistenten Diätassistentinnen und Diätassistenten;
- Ergotherapeutinnen und -therapeuten;
- Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger;
- Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger;
- Hebammen und Entbindungspfleger;
- Logopädinnen und Logopäden;
- Masseurinnen und Masseur;
- Medizinische Bademeisterinnen und Bademeister;
- Medizinische Fachangestellte und Arzthelferinnen und -helfer;
- Medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten für Funktionsdiagnostik;
- Medizinisch-technische Laborassistentinnen und Assistenten;
- Medizinisch-technische Radiologieassistentinnen und -assistenten;
- Notfallsanitäterinnen und -sanitäter;
- Operationstechnische Angestellte
- Operationstechnische Assistentinnen und Assistenten;
- Orthoptistinnen und Orthoptisten;
- Pharmakantinnen und Pharmakanten
- Pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten;
- Physiotherapeutinnen und -therapeuten;
- Podologinnen und Podologen;
- Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten;
- Veterinärmedizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten;
- Zahnmedizinische Fachangestellte und Zahnarzthelferinnen und -helfer.

### Anlage 3

#### Richtlinien für die Auswahl nach Härtegesichtspunkten gemäß § 15 StPVLVO i.V.m. § 6 Abs. 2 Nr. 1 und § 6 Abs. 8 StPVLVO

1. In grundständigen Studiengängen sowie Studiengängen, die ein vorangegangenes Studium voraussetzen werden die Studienplätze der Härtefallquote gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 1 und § 6 Abs. 8 StPVLVO auf Antrag an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, für die es eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde, wenn sie für den genannten Studiengang keine Zulassung erhielten. Eine außergewöhnliche Härte liegt vor, wenn in der eigenen Person liegende besondere gesundheitliche, soziale oder familiäre Gründe die sofortige Aufnahme des Studiums oder einen sofortigen Studienortwechsel zwingend erfordern.
2. Sofern für den jeweiligen Studiengang die Zahl der Anträge gemäß Nr. 1 Satz 1 die Zahl der Plätze gemäß der Quote nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 StPVLVO übersteigt, wird die Rangfolge durch den Grad der außergewöhnlichen Härte gemäß der nachstehenden Übersicht bestimmt. Bei Ranggleichheit entscheidet das Los. Sofern mehrere Gründe zutreffen, erhöht sich der Grad der außergewöhnlichen Härte entsprechend.

Gründe	Grad der Härte	Erforderliche Unterlagen
<b>1. Besondere gesundheitliche Gründe, die in der Person der Bewerberin oder des Bewerbers liegen und eine sofortige Aufnahme des Studiums bzw. den sofortigen Studienortwechsel zwingend erfordern</b>		
1.1 Krankheit mit der Tendenz zur Verschlimmerung, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen wird, dass in Zukunft die Belastungen des Studiums in diesem Studiengang nicht durchgestanden werden können.	5-10	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag</li> <li>• Fachärztliches Gutachten</li> </ul>
1.2 Eine sinnvolle Überbrückung der Wartezeit ist aufgrund von Krankheit oder Behinderung nicht möglich; durch die sofortige Zulassung zum gewünschten Studiengang ist eine berufliche Rehabilitation zu erwarten.	3-7	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag</li> <li>• Fachärztliches Gutachten</li> </ul>
1.3 Sonstige Gründe	Je nach Fall 1-10	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag</li> <li>• Fachärztliches Gutachten</li> </ul>
<b>2. Besondere familiäre und soziale Gründe, die in der Person der Bewerberin oder des Bewerbers liegen und eine sofortige Aufnahme des Studiums bzw. einen Studienortwechsel nach Mainz zwingend erfordern</b>		
2.1 Ortsnähe (Mainz und Umgebung) erforderlich, um die Pflege oder ärztliche Versorgung für die Bewerberin oder den Bewerber sicherzustellen	1-2	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag</li> <li>• Bei Studienortwechsel: Nachweis der aktuellen Einschreibung für den gewünschten Studiengang an einer deutschen Hochschule</li> <li>• Nachweis über Pflegenotwendigkeit bzw. ärztliche Versorgung in Form eines ausführlichen ärztlichen Gutachtens und über die Sicherstellung der Pflege bzw. ärztliche Versordnung in Mainz oder Umgebung.</li> </ul>
2.2 Sonstige Gründe	Je nach Fall 1-10	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag</li> <li>• Zum Nachweis geeignete Unterlagen</li> </ul>

3. Nachweise sind im Original oder in amtlich beglaubigter Kopie in deutscher Sprache oder amtlich beglaubigter Übersetzung ins Deutsche vorzulegen. Der Antrag auf Berücksichtigung eines Härtefalls ist zusammen mit dem Antrag auf Zulassung zu stellen; ein nachträgliches Geltendmachen ist nicht möglich.
4. Ein Antrag auf Härtefall ist auch bei einem Studienfachwechsel, Studienortwechsel oder einem Wechsel in ein höheres Fachsemester zulässig. Gründe, deren Geltendmachung bereits in dem Vergabeverfahren möglich gewesen wäre, das zur Zulassung der Bewerberin oder des Bewerbers im bisherigen Studiengang geführt hatte, können nicht berücksichtigt werden.“